

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
Sozialraum 71: Oberhausen-Mitte/Styrum									
Sozialraum 72: Oberhausen-Ost									
KTE Eichstr. (ehem. Stötznerschule)	Neubau einer 6-gruppigen KTE (anerkannter Träger der freien Jugendhilfe gem §75 SGB VIII: Step Kids KiTas gGmbH)	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie				Auf dem Schulhof soll eine KTE errichtet werden. Das Bestandsgebäude soll anderweitig durch den Investor genutzt werden (Aus- und Fortbildungsstätte für Erzieher*innen). Planungsphase steht kurz vor dem Abschluss. Eine Verkaufsvorlage wurde für die Ratssitzung am 14.09.2020 beschlossen. Der Rechtsübergang ist an die Baugenehmigung geknüpft. Derzeit erfolgt ein Leerzug des Bestandsgebäude. Der Bauantrag wurde eingereicht. Bewilligung Denkmalschutz steht noch aus. Die Baugenehmigung wurde erteilt. Die Baustelleneinrichtung wurde vorgenommen. Die Übergabe des Grundstücks und des Bestandsgebäudes erfolgte zum 02.03.22. Der Baubeginn erfolgte Mitte Mai. Bis Ende November soll die Bodenplatte ausgehoben sein. Wetterbedingt beginnen die Rohbauarbeiten in der 8. KW 2023. Die Baumaßnahme hat sich insgesamt verzögert. Nach einer 4wöchigen Sommerpause gehen die Bauarbeiten weiter. Die Fertigstellung verzögert sich auf ca. Mitte 2024. Baumaßnahme verzögert sich weiter, Verlängerung der Baugenehmigung um ein Jahr auf 31.05.2025 beantragt. Weitere Bauverzögerung durch den Investor angezeigt. Baustart ab Mai 2025-August 2025 geplant, laut Investor.			mögl. Fertigstellung nicht absehbar
Kath. KTE Johannes Evgl., Barbarastr. 14	Erweiterung des Standortes um drei Gruppen auf 6 Gruppen	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie				Die bestehende 3-gruppige Einrichtung wird auf 6 Gruppen erweitert. Hierfür wird das Bestandsgebäude abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Zu den 3 hier ansässigen Gruppen ziehen die 2 Gruppen aus der bisherigen Einrichtung Heilig Geist, Hausmannsfeld, dieser Standort wird aufgegeben. Mit der 6. Gruppe werden zusätzlich neue Plätze geschaffen. Ein Bauantrag wurde bereits gestellt. Die Planung wird im Gestaltungsbeirat vorgestellt. Zustimmung liegt vor, Verfahren wird fortgeführt. Fertigstellung voraussichtlich erst 2026. Bauantrag befindet sich im Genehmigungsverfahren. Bauantrag ist weiter in Bearbeitung, durch Umplanungen sind neue Stellungnahmen notwendig. Die Nutzungsänderung für die Interimslösung ist erstellt. Die Baugenehmigung wird erteilt.			mögl. Fertigstellung 2026

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
KTE Hansastr. 72	Errichtung einer 6-gruppigen Einrichtung mit 120 Plätzen	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie		Investoren- modell		Die Bauvoranfrage wurde positiv beschieden. Der Entwurf wurde dem LVR zur Prüfung übersandt. Eine grundsätzliche Betriebserlaubnis wurde in Aussicht gestellt. Der Bauantrag wurde am 27.05.2022 gestellt und befindet sich in Prüfung. Aufgrund der finanziellen Vorgaben des Investors hat Fröbel die Trägerschaft abgesagt. Eine Neuprüfung des Projektes wird vorgenommen. Das Baugenehmigungsverfahren steht vor dem Abschluss. Hinsichtlich der Finanzierung werden entsprechende Verhandlungen geführt, sobald die Baugenehmigung vorliegt. Die Erteilung der Baugenehmigung wird zur Zeit bearbeitet. Eine Zeit-/Zielplanung zur Fertigstellung liegt dem Fachbereich 3-1-30 noch nicht vor. Die Baugenehmigung wurde am 10.10.2023 erteilt. Neues Interessenbekundungsverfahren wird hinsichtlich eines neuen Trägers durchgeführt. Durch die möglich Übernahme der Trägerschaft durch den Kath. Kita Zweckverband könnten am Standort Hansastr. 2 kath. Einrichtungen zusammengezogen werden (St. Marien, Elsa-Brändströmstr. und Heilige Familie, Gustavstr.). Es würden 2 zusätzliche Gruppen entstehen. Das Erstgespräch zwischen Träger und Investor verlief positiv - Bauzeit beträgt laut Investor nach Baubeginn 12 - 18 Monate. Kath. KITA ZV und Investor befinden sich im Austausch.			Fertigstellung nicht absehbar, abhängig vom Baubeginn

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
Sozialraum 74: Sterkrade-Mitte									
KTE Grashüpfer (Obere-Brüder-Str. / Beethovenstr.)	Neubau einer 7-gruppigen Einrichtung	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie				Ein Neubau soll an der Oberen-Brüder-Straße / Beethovenstraße erfolgen. Die Verwaltung hat den in Oberhausen bekannten anerkannten freien Träger "Grashüpfer" als einzigen Anwärter gewinnen können. Zwischenzeitlich hat ein Architektenwechsel stattgefunden, der die vorgenannte Planung überarbeitet. Der ursprüngliche Entwurf wurde überarbeitet und bereits dem Gestaltungsbeirat vorgestellt. Die Empfehlungen sollen in die Planung einfließen. Bauantragsunterlagen werden zusammengestellt. Der Bauantrag ist bisher immer noch nicht gestellt. Aktuell ist seitens des Architekten anvisiert, diesen im September einreichen zu können. Aufgrund der wiederholten Verzögerungen und derzeit bestehenden Ungewissheit über die Fertigstellung werden die Plätze in der Profilplanung für das KJ 2024/2025 zunächst nicht mehr berücksichtigt. Das Projekt ist in der Sachstandsliste auf rot zu setzen. Bei Vorlage der Baugenehmigung ist die geschätzte Bauzeit ca. 14 Monate. Bisher wurde noch kein Bauantrag gestellt. Bauantrag wurde im Mai 2024 gestellt, befindet sich im Genehmigungsverfahren. Aktuell finden interne Abstimmungsgespräche sowie Gespräche mit den zuständigen Architekten statt. Erneute Verzögerungen auf Grund von Umplanungen.			Bauzeit: nach Erteilung der Baugenehmigung ca. 14 Monate
KTE AWO Friesenstraße	Erweiterung der bestehenden Einrichtung um 2 Gruppen	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie			Träger baut selbst.	Die AWO plant die Erweiterung der KTE Friesenstraße 135 um 2 Gruppen (Typ I, 40 Plätze). Derzeit wird in Zusammenarbeit mit dem LVR (Heimaufsicht) die Umsetzung geprüft. Unterlagen für die Baugenehmigung werden eingereicht. Geplante Fertigstellung ist der 01.08.2025. Investitionskostenantrag wurde beim LVR gestellt. Baugenehmigung steht noch aus.			Baustart erst nach Bewilligung der Investitionskosten- förderung des LVR

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
Sozialraum 75: Sterkrade-Nord									
KTE Kirchhellener Straße	Umbau eines Restaurants in eine 7-gruppige KTE inkl. Waldgruppe (anerkannter Träger der freien Jugendhilfe gem. §75 SGB VIII: Kitarino gGmbH)	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie				Die Bedingungen zwischen Investor und interessierten Trägern werden noch abgestimmt. Die Vorstellung des Trägers erfolgt in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.09.2022 und wurde angenommen. Mittlerweile wurde die Planung dem zusätzlichen Platzbedarf angepasst. Eine 7- gruppige KTE wird nun errichtet. Ein Ergebnis der Bauvoranfrage steht noch aus. Projekt wurde im Gestaltungsbeirat vorgestellt. Bisher immer noch kein Bauantrag. Der im Juni 2024 gestellte Bauantrag steht kurz vor der Genehmigung Bauantrag ist weiter in Bearbeitung. Baulasten wurden eingetragen und der Bauantrag steht vor der endgültigen Genehmigung durch die zuständige Ingenieurin. Nach Aussage des Baubereiches dauert dies in etwa 1 - 2 Monate. Baugenehmigung ist erteilt. Baustart erfolgt voraussichtlich im Sommer 2025 (Juni/Juli).			Fertigstellung momentan nicht absehbar, abhängig vom Baubeginn
Sozialraum 76: Osterfeld									

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
Jugendzentrum Osterfeld Mitte	Errichtung Multifunktions- komplex Osterfeld bestehend aus Stadtteilbibliothek Osterfeld, Mehrzweckaula und Jugendzentrum Osterfeld Mitte am Standort der Gesamtschule Osterfeld	Bereich 3-1/ Kinder, Jugend und Familie SBO Fachbereich 5-1-30 / Stadterneue- rung	Anteil Jugend- zentrum: 3.110.000 €	Städtebau- förderung - Sozialer Zusammen- halt Oberhausen Osterfeld -	80% Zuschuss	Auf Grund des hohen Bedarfs an Offener Kinder- und Jugendarbeit in Osterfeld/Vondern wurde im Jahr 2015/2016 beschlossen, dass ein neues Jugendzentrum in Osterfeld Mitte mit mobiler Jugendarbeit in Vondern entstehen soll. Der JHA beschloss, den Träger „Sozialistischen Jugend Deutschlands – „Die Falken“ Kreisverband Oberhausen“ mit dem Betrieb des Jugendzentrums Osterfeld zu beauftragen. Die Anträge zum Abriss und Bau des Multifunktionskomplexes sind gestellt und bewilligt. Die pädagogische Arbeit des „Kleinen Projekthauses“ wurde vorübergehend in Räumlichkeiten an der Westfälischen Straße verlegt. Hierzu wurden Räumlichkeiten durch die SBO angemietet. Der Abriss des Ursprungsgebäudes hat in der 9. KW begonnen und wurde größtenteils abgeschlossen. Die Bodenplatte für das Jugendzentrum und der Bibliothek ist gegossen. Die Ausführung erfolgt derzeit für die Multifunktionshalle. Im Januar 2024 soll der Rohbau aller Gebäudeteile fertig gestellt sein. Ende September soll die Bodenplatte zum 1. Obergeschoss fertiggestellt sein. Die Decke über dem 1. OG ist fertig. Aktuell laufen die Schal- und Bewehrungsarbeiten der Wände/Stützen im ersten OG der Bibliothek. Im Anschluss folgen die anderen Gebäudeteile. Die Decke über dem 2. OG wird betoniert. Die Rohbauarbeiten des Forums werden Mitte Juni fertig gestellt sein. Die Dachdecker-, Elektro- und Fensterarbeiten sind für die Bibliothek in der Umsetzung. Die Fertigstellung des Gebäudes erfolgt im Januar 2025. Die Eröffnung erfolgt im Sommer 2025. Die Fertigstellung und Eröffnung verzögert sich auf die 2. Hälfte 2025. Die Bodenbelagsarbeiten im EG sowie im 2. OG der Bibliothek sind fertiggestellt. Die Fliesenarbeiten in den WCs beginnen in KW 19. Die Klinkerarbeiten beginnen in KW 19.	16.11.2015 (Integriertes Handlungs- konzept) 1.04.2019 (Weiterfüh- rung)		Fertigstellung und Eröffnung 2. Hälfte 2025

Anmerkungen & Legende

Aufgrund der derzeitigen Auftrags- und Pandemiesituation herrschen im Bausektor erhebliche Lieferschwierigkeiten an Baumaterialien. Diese sind derzeit zum Teil gar nicht lieferbar oder werden nur zu überhöhten Preisen angeboten. Hiervon sind insbesondere Baumaßnahmen betroffen, die erst begonnen werden. Verzögerungen und Kostensteigerungen können aktuell noch nicht exakt prognostiziert werden.

Sachstandsliste aller Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen und Jugendzentren

Sachstand: 29.04.2025

KTE/ Jugendzentren	Maßnahmen	Zuständigkeit	Kosten- schätzung	Finanzie- rungsart	Fördermittel	Sachstand	Ratsbe- schluss vom	Stand	Bauzeit
-----------------------	-----------	---------------	----------------------	-----------------------	--------------	-----------	------------------------	-------	---------

Stand = Der Bearbeitungsstand wird in Ampelform dargestellt für die Maßnahmen, die über einen **Grundsatzbeschluss verfügen**.
grün = Planung abgeschlossen - Abstimmungen mit allen Beteiligten erfolgt, Bauantrag bewilligt bzw. Baumaßnahme in Umsetzung.
gelb = Planungen der SBO und beauftragter Architekten bzw. Investoren erfolgen; Zeit-Zielplanung liegt vor, Plätze in Profilplanung berücksichtigt.
rot = Planungen der SBO und beauftragter Architekten bzw. Investoren erfolgen, Zeit-/Zielplanung liegt **nicht** vor, Plätze in Profilplanung **nicht** berücksichtigt.

Vorlageart: Beschlussvorlage
Federführung: Dezernat 1 / Finanzen und Kultur
Verantwortung: Herr Tsalastras, Frau Costecki, Herr Dr. Florack

Konzeptentwurf: Menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit in Lirich - "Gemeinsam in Lirich"

Beratungsfolge

29.04.2025	Gleichstellungsausschuss	Vorberatung
30.04.2025	Kulturausschuss	Vorberatung
13.05.2025	Sozialausschuss	Vorberatung
14.05.2025	Jugendhilfeausschuss	Vorberatung
19.05.2025	Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung
26.05.2025	Rat der Stadt	Beschlussfassung
01.07.2025	Integrationsrat	Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt das beigefügte Konzept zur Etablierung von menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit in Lirich. Außerdem beauftragt der Rat das Dezernat 1/Finanzen und Kultur mit der Akquise geeigneter Fördermittel zur Umsetzung des Konzeptes.

Bezug

B/17/3074-01

Konsequenzen

Drucksache hat finanzielle Konsequenzen (siehe Sachverhalt)

Drucksache hat keine klimatischen Konsequenzen

Sachverhalt

- 1 Am 06.02.2023 hat der Rat der Stadt Oberhausen mit der Drucksache B/17/3074-01 die
2 Verwaltung beauftragt, unter Miteinbeziehung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“,
3 sowie des Landesprogrammes „NRWeltoffen“, ein Konzept zur menschenrechtsorientierten
4 Gemeinwesenarbeit zu entwickeln. Ein erstes Konzept wurde durch die Verwaltungsführung
5 diskutiert. Außerdem wurde das Konzept in einem verwaltungsinternen Dialog
6 weiterentwickelt.
- 7 Unter Anleitung des Sozialpädagogen Herrn Dr. Friedemann Bringt hat ein
8 Konzeptentwicklungsteam (EWT) einen partizipativen Prozess eingeleitet. In sog.
9 „Gartenzaungesprächen“ wurden Menschen niederschwellig befragt. Dies geschah in Form
10 von Einzelgesprächen in Alltagssituationen der Anwohner vor Ort. Die Ergebnisse sind in
11 Form einer Bestandsaufnahme im Konzept enthalten und wurden durch mögliche
12 Handlungsanreize ergänzt.
- 13 In Kooperation mit dem Fachbereich 3-2-10/Sozialplanung wurden weitere Maßnahmen
14 diskutiert. Auf Grundlage der Strategiepapiere und Handlungsempfehlungen aus den
15 Expert*innendialogen der Sozialplanung wurden hier die ehrenamtlichen „Stadtteil-
16 Kümmerer“ ergänzt, welche die langfristige Nachhaltigkeit der Gemeinwesenarbeit
17 unterstützen können.
- 18
- 19 Im Rahmen der Städtebaulichen Analyse des Fachbereiches 4-5-20 wurden ebenfalls
20 Anknüpfungspunkte identifiziert. So könnten beispielsweise „Angsträume“ in Form von
21 Gemeinwesensprojekten aufgewertet werden oder der gute Zustand der örtlichen
22 Grünanlagen durch ehrenamtliches Engagement etabliert werden.
- 23 Die unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligungen zur Europa-, sowie zur Bundestagswahl
24 geben Hinweise auf Vertrauensverluste in staatliche, sowie (kommunal-)politische
25 Strukturen. Menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit kann hier den Aufbau von
26 Netzwerkstrukturen und nachbarschaftlichen Engagement fördern.
- 27 Der Entwicklungsprozess hat die Notwendigkeit von Strukturen im Stadtteil deutlich gemacht.
28 Um einen langfristigen Erfolg der verschiedensten Maßnahmen zu sichern, kann die
29 Gemeinwesenarbeit in Lirich einen Beitrag zu Strukturen vor Ort leisten. Aus diesem Grund
30 fokussiert sich das Konzept auf sozialarbeiterische, sowie kulturelle Ansätze. Diese sollen
31 Gemeinschaftlichkeit und Nachbarschaftlichkeit fördern und Bewohnerinnen und Bewohner
32 zur Selbstwirksamkeit stärken.
- 33 Zur Finanzierung des Projektes sollen Fördermittel eingeworben werden. Erste Gespräche
34 haben dazu schon mit dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht
35 und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Weitere Gespräche mit
36 möglichen Fördermittelgebern sind in Vorbereitung.

Anlage/n

1 - Konzept_Gemeinsam in Lirich

„Gemeinsam in Lirich“

Menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit in Oberhausen-Lirich

Herangehensweise Menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit (GWA):

Mit dem Sozialbericht 2020 (M/17/0061-01) hat die Stadt Oberhausen einen an die lokalen Bedingungen angepassten Sozialplanungsprozess entwickelt, der mit den Strategiepapieren und Handlungsempfehlungen für die Sozialräume Alstaden/Lirich, Mitte/Styrum und Oberhausen-Ost (M/17/1333-01) fortgesetzt wird.

Das Kommunale Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen, das die Forschungsstelle Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) im Jahr 2017 in Kooperation mit den Projekten NRWeltoffen Oberhausen und Partnerschaft für Demokratie der Gedenkhalle der Stadt Oberhausen im Jahr 2017 umsetzte, gibt darüber hinaus wichtige Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung des demokratischen Zusammenlebens in Oberhausen, die ebenfalls Handlungsgrundlage für das Projekt Menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit in Oberhausen-Lirich sind.

Am 06.02.2023 hat der Rat der Stadt die Anregung des Integrationsrates vom 6.12.2022 »Gemeinwesenarbeit als Demokratisierungsarbeit am Beispiel Oberhausen-Lirich« aufgegriffen und die Verwaltung beauftragt, diese Anregung unter der aktiven Beteiligung der Förderprogramme des Bundes »Demokratie leben« und des Landes »NRWeltoffen« zu prüfen und den politischen Gremien einen Vorschlag vorzulegen (B/17/3074-01). Die Verwaltung hat daraufhin gemeinsam mit Herrn Dr. Friedemann Bringt zeitnah den Dialog mit den Akteuren vor Ort gesucht und das hier vorgelegte Projektkonzept »Menschenrechtsorientierte Gemeinwesenarbeit in Oberhausen-Lirich« (GWA) erstellt.

Das Konzept fußt auf Anliegen und Bedarfen der Bewohner:innen in Lirich und soll in Oberhausen-Lirich beispielhaft entwickelt und dort erprobt werden, um es nach einer begleitenden Projektevaluation auf andere Stadtteile in Oberhausen übertragen zu können. Der Stadtteil Lirich mit seinen Ressourcen und bestehenden Akteur:innen wird damit zum Vorreiter für andere Quartiere in Oberhausen. Die unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Wahlen - zuletzt bei den Wahlen zum EU-Parlament, sowie den Bundestagswahlen - in Lirich macht die Dringlichkeit dieses Vorhabens noch einmal deutlich.

Sollen die bisherigen Investitionen in Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, wie Oberhausen-Lirich, eine gemeinwohlorientierte Wirkung entfalten, dürfen sie nicht nur in Infrastruktur und Gewerbeansiedlung fließen. Notwendig ist vielmehr auch der Aufbau und die Stärkung belastbarer Kommunikationsstrukturen, von Netzwerken bürgerschaftlichen und demokratischen Engagements sowie der politischen, kulturellen und sozialen Bildung der lokalen Bevölkerung. So können Menschen befähigt werden, die transformativen Herausforderungen der Zukunft in

ihrer Lebenswelt und ihrem Wohnumfeld selbstbestimmt und demokratisch mit zu gestalten.

Es ist dafür von besonderer Bedeutung, dass Bildung, lokale Vernetzung und stadtteilbezogene Projektarbeit in einem GWA-Projekt umfassend verstanden werden: (Inter-)kulturell, sozial, politisch und schließlich auch gemeinschaftsbildend. Kulturelle Projektarbeit ist dabei als niedrigschwelliges Mittel besonders wichtig. Menschen sollen ihre eigenen kreativen Potenziale erkennen und diese gemeinwohlorientiert einsetzen können. So können sie selber notwendige Veränderungsziele in Lirich identifizieren und ihren Stadtteil selbstbestimmt, demokratisch und weltoffen gestalten. Dazu bedarf es gemeinschaftsfördernder und –stärkender sozialprofessioneller Unterstützung durch GWA.

Professionelle GWA ermöglicht es, Aushandlungsprozesse lokaler und regionaler demokratischer Entscheidungen bei größtmöglicher Mitbestimmung der Beteiligten und unter Zugrundelegung demokratischer und menschenrechtsbasierter Standards zu initiieren und durchzuführen. Die durch die aktive Mitgestaltung des eigenen Lebensumfeldes gemachten Erfahrungen, selbst wirksam werden zu können, erhöhen die Bereitschaft der Bewohner:innen, sich für gesellschaftliche und lokale Belange zu engagieren. Demokratische Aushandlungsprozesse sowie konstruktive Konfliktlösung werden als Notwendigkeiten für die gemeinschaftliche Bewältigung gesellschaftlicher Entwicklungsaufgaben wertgeschätzt und anerkannt. Ein Fokus auf Defizite bei Bildungsabschlüssen und im Lebensumfeld der Bewohner:innen im Stadtteil verbaut mögliche Zugänge. Er unterwirft kulturelle Bildungs- und soziale Gestaltungsangebote einem linearen Abhängigkeitsverhältnis (Lehrende - Lernende; Wissende - Unwissende; Gestaltende - Empfangende). So können längerfristig wirksame soziokulturelle Veränderungen nicht ermöglicht werden. Es braucht vielmehr einen wertschätzenden Blick auf die Potenziale der Menschen und ihre kommunikativen Netzwerke und Organisationsformen im Stadtteil. Sie sind Expert:innen in eigener Sache, kennen ihre Stärken, Akteur:innen, Zugänge, bereits bestehende Vernetzungen und Projekte und auch die Probleme vor Ort und haben bereits in der Vergangenheit vielfältige Herausforderungen gemeinsam bewältigt. Daran will das GWA-Projekt wertschätzend anknüpfen.

Menschenrechtsorientierte GWA erfüllt keine direkte kommunalpolitische Agenda. Ihre Strategiebildung und daraus abgeleitete Handlungsplanung orientieren sich vielmehr an den konkreten **Bedarfen und Anliegen der Bewohner:innen** im Stadtteil, sowie an den fachlichen Einschätzungen der Gemeinwesenarbeiter:innen und ihrer Unterstützungsgremien, wie dem Projektbeirat. Sie fördert die Auseinandersetzung mit Demokratiegefährdung und Ideologien der Ungleichwertigkeit bezogenen auf den konkreten Stadtteil und das Wohnumfeld und setzt sich somit mit antidemokratischen Orientierungen eines Teils der Zivilgesellschaft auseinander. Dazu greift sie lokale Anliegen und Interessen, aber auch bestehende Konflikte auf. Zu deren partizipativer Bewältigung nutzt sie soziokulturelle Methoden zur Verstärkung von Lösungskompetenz, Netzwerkbildung und demokratischer Umsetzung. Solche soziokulturellen Angebote müssen allerdings abgestimmt auf die zeitliche Verfügbarkeit sowie die Anliegen und Bedürfnisse der

Bewohner:innen unterbreitet werden. GWA vermittelt dabei eine reflexive Parteilichkeit für marginalisierte und von Antisemitismus, Rassismus oder anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit betroffenen Akteur:innen.

Menschenrechtsorientierte GWA zielt auf die Stärkung demokratischer Potenziale im Stadtteil durch Vernetzung aktiver Demokrat:innen ab. Sie vermittelt durch erfolgreich umgesetzter Veränderungs- und Gestaltungsanliegen Wirksamkeitserfahrungen bei den Bewohner:innen. Sie macht eine Auseinandersetzung mit antidemokratischen Akteur:innen und menschenrechtsorientierte Normen im lebensweltlichen Alltag der Menschen erlebbar. Neben klassischen GWA-Methoden, wie aktivierender Befragung, Vernetzung und beteiligungsorientierter, generationsübergreifender Projektarbeit, nutzt sie dabei insbesondere niedrigschwellige (erreichbare/bezahlbare) soziokulturelle Bildungs-, Kultur- und Kommunikationsangebote (Theater-, Kinoaufführungen, Lesungen). Diese orientieren sich an den Themen der Bewohner:innen und werden mit Methoden der non-formalen politischen Bildung verknüpft angeboten. Notwendig ist dabei, eine echte Mitbestimmung von Bewohner*innen und eine Vernetzung zivilgesellschaftlichen Engagements zu ermöglichen, welche letztendlich Demokratiezufriedenheit fördert.

Rahmenbedingungen der GWA:

Für eine größtmögliche Mitbestimmung bei der Themenwahl und der Identifizierung zielführender Maßnahmen für lokale Entwicklung bedarf es einer offenen, prozessorientierten und partizipativen Herangehensweise der Gemeinwesenarbeiter:innen. Eine nachhaltige Verbesserung lokaler Lebensbedingungen mit dem Ziel der nachhaltigen Weiterentwicklung einer menschenrechtsorientierten lokalen Zivilgesellschaft setzt auf das schöpferisch-kreative Potenzial der Bewohner:innen. Ihr Fokus liegt auf der Vernetzung, Koordinierung und die Gewinnung von Vertrauen der Bewohner:innen vor Ort. Diese kennen ihre Anliegen und den Veränderungs- und Entwicklungsbedarf für ihren Wohnort am besten. Sie werden durch professionelle Begleitung in der Aushandlung ihrer Anliegen, der Planung von Maßnahmen und der Umsetzung ihrer Anliegen durch Projektarbeit unterstützt. Die Gemeinwesenarbeiter:innen sind darüber hinaus auch Anwält:innen menschenrechtsorientierter und demokratischer Standards in der Projektumsetzung und der Auseinandersetzung mit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen oder Handlungen.

Die Umsetzung der GWA sollte so organisiert werden, dass eine größtmögliche Akzeptanz der Bewohner*innen gewährleistet ist, dabei ist sicherzustellen, dass die Arbeit mit der Stadtverwaltung (insbesondere mit den Bereichen Jugend, Kommunales Integrationszentrum, Soziales und integrierte Stadtentwicklung) verzahnt wird. Aktuell sieht es so aus, als ob die Akzeptanz bei einem freien Träger eher gewährleistet ist. Eine direkte Verzahnung mit den Projekten NRWeltoffen und Partnerschaft für Demokratie der AWO Oberhausen im Demokratiebüro Oberhausen,

die sich bereits bisher mit dem Thema Demokratieförderung und den Handlungsempfehlungen des Kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die Stadt Oberhausen befasst haben, ist sicherzustellen. So können vorhandene Kontakte und Synergien für die Projektumsetzung bestmöglich genutzt werden.

Um eine langfristige und nachhaltige Struktur zu etablieren, möchte die GWA das Ehrenamt stärken. Angelehnt an die Strategiepapiere und Handlungsempfehlungen aus den Expert*innendialogen der Sozialplanung, sollen hier „Stadtteil-Kümmerer*innen“ ausgebildet werden. Dies sind Menschen, die selber im Sozialraum leben und sich gut auskennen. Dadurch sind sie wichtige Tür-Öffner und Multiplikator*innen, welche in enger Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen, sowie den Akteuren vor Ort tätig werden. Sie sollen niedrigschwellige Ansprechpartner*innen sein und auch proaktiv neue Kontakte knüpfen, um Hemmschwellen bei der Bürger*innenbeteiligung abzubauen und auch Zielgruppen zu erreichen, die durch klassische Formate nicht angesprochen werden. Sie dienen damit als Mittler*in zwischen Bewohner*innen, GWA und Stadtverwaltung. Der Einsatz von Stadt-Kümmerer*innen kann hier einen Beitrag zur langfristigen Unabhängigkeit der Stadtteilarbeit von Projekten vor Ort leisten.

GWA baut auf vertrauensbasierten Kontakten und Kooperationen der lokalen Projektpartner (Demokratiebüro, Integrationsrat der Stadt Oberhausen, Kommunales Integrationszentrum Stadttheater, etc.) auf und hält dabei engen Austausch mit den relevanten Dezernaten der Stadtverwaltung. Bestehende Kooperationen und Partnerschaften können so vertieft und ausgebaut werden. Gleichzeitig ist sie eine sinnvolle Investition in die soziokulturelle Daseinsvorsorge in von den Transformationsprozessen und strukturellen Problemen der letzten Jahre und Jahrzehnte in besonderem Maße betroffenen Stadtteilen, die auf die (Re-)Aktivierung vorhandener Entwicklungs- und Veränderungspotenziale angewiesen sind. Folgende für die erfolgreiche Umsetzung des GWA-Projektes wichtige Rahmenbedingungen werden über eine Leistungsvereinbarung zwischen Kulturdezernat und einem Kooperationspartner verbindlich geregelt:

- das GWA-Projekt wird für mindestens 5 Jahre von der Stadt Oberhausen finanziert, zur Umsetzung werden entsprechende Fördermittel eingeworben
- Das GWA-Team ist möglichst divers zusammengestellt, steht in engem Austausch mit regionalen und lokalen Partnern, wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, dem Demokratiebüro, dem Stadttheater, dem Integrationsrat, dem Kommunalen Integrationszentrum, der Jugendhilfe und ggf. weiteren
- Die GWA ist mit einem Büro und festen Sprechzeiten vor Ort ansprechbar.
- Das GWA-Team steht in regelmäßigem vertrauensvollem Austausch mit im Stadtteil anerkannten Kooperationspartner*innen (Vereine, Religionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen, Interessengemeinschaften, Nachbarschafts- und Jugendhilfeprojekte, etc.)

- Das GWA-Projekt steht in engem Austausch mit regionalen wissenschaftlichen Einrichtungen und wird von fachlich begleitet um Gelingensbedingungen und notwendige Anpassungen für Folgeprojekte zu identifizieren sowie Aussagen über die Wirksamkeit umgesetzter Maßnahmen zu treffen

Zielgruppe/Adressat:innen:

Adressat:innen der GWA sind Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Milieus in Oberhausen Lirich. Dementsprechend sind Methoden und Rahmenbedingungen der Projektarbeit angepasst zu entwickeln. Darüber hinaus werden bestehende Interessengruppen, Vernetzungen und Projekte im Stadtteil in die Projektarbeit und deren Konzeption eingebunden und keine Doppelstrukturen angestrebt.

Projektablauf:

Das Projekt beginnt mit einem wertschätzenden öffentlich wahrnehmbaren Projekteinstieg, der sich idealer Weise über mehrere Wochen erstreckt. Ziel ist es, die Projektidee und das GWA-Team bekannt zu machen, Vertrauen auf- und auszubauen, Ansprechpartner*innen und Interessierte persönlich kennenzulernen.

In einem zweiten Schritt wird die Methode der aktivierenden Befragung als partizipatives Projektformat genutzt. Dadurch werden einerseits Daten für ein Quartiersportrait gesammelt und andererseits Adressat:innen zur Mitarbeit an der Umsetzung ihrer Anliegen motiviert. Die aktivierende Befragung dient zudem dem weiteren Vertrauensaufbau und der Erschließung weiterer Mitwirkungspotenziale durch die Nutzung lokaler Netzwerke und Vertrauensbeziehungen. Im Verlauf der aktivierenden Befragung werden Demokratieverständnisse und evtl. Mitwirkungsbarrieren identifiziert und es entstehen neue Zugänge in und Perspektiven auf das Gemeinwesen. Die Einbindung der Adressat:innen in die Analyse und Projektarbeit gelingt so erfahrungsgemäß gut. Entscheidungen für spätere Projektideen lassen sich damit überzeugender begründen. Befragung und Analyse erfordern eine akribische Datendokumentation und -auswertung (Erinnerungsprotokolle und deren Auswertung, ggf. Tonmitschnitte und deren Transkription) und ist mit einem hohen Ressourcenaufwand (Zeit, Personal) verbunden. Entsprechend sind dafür Honorarkräfte für die Unterstützung der Portraiterstellung einzurechnen (Interviewtranskription und -auswertung, Fotodokumentationen, etc.), ebenso für die Umsetzung späterer Maßnahmen. Damit wird sichergestellt, dass zwischen den Interviews und der Portraitvorstellung und damit verbundenen Maßnahmenplanung nicht so viel Zeit vergeht. Gleiches gilt für spielerische Formen der Datenerhebung (z.B. Foto- und Gemeinwesenstreifzüge mit Schulklassen, Nutzer:innen eines Jugendclubs, einer Frauen-Sport-Gruppe, etc.), die gleichzeitig auch als Überbrückungselemente zwischen Analyse-, Konzeptions- und Umsetzungsphase dienen. In die Erstellung des Quartierportraits fließen schließlich auch Metadaten aus der Sozialplanung (Bevölkerungsstatistik, ggf. aufgeschlüsselt nach Wohnquartieren; Arbeitslosen- und Beschäftigungsstatistik; Daten zur Nutzung

öffentlicher Einrichtungen, etc.) ein, die für die Entwicklung eines Handlungskonzeptes und die konkrete Maßnahmenplanung von besonderem Interesse erscheinen.

Im Ergebnis des Quartiersportraits werden den Bewohner:innen im Rahmen einer oder mehrerer alters- oder interessengruppenspezifischer Beteiligungsformate die wichtigsten Anliegen, der Veränderungsbedarf und dafür vorhandene Potenziale und Defizite thesenhaft vorgestellt. Mit Moderation und Ergebnissicherung durch die GWA-Mitarbeiter:innen wird in diesem Rahmen partizipativ ein Handlungskonzept mit konkreten Zielen, Umsetzungsschritten, verbindlichen Zuständigkeiten und einem Zeitrahmen entwickelt. Die jeweiligen konkreten Projektziele der GWA hängen dabei von den Anliegen und Ressourcen vor Ort ab, basieren aber in jedem Fall auf den Standards von Menschenrechtsorientierung und demokratisch-partizipativer Mitwirkung der Beteiligten.

Projektphasen:

Phase 0: Projektvorlauf/Konstitution (01/2024 – 05/2025):

1. **Vorlauf:** Vorgespräche in Gruppen und „am Gartenzaun“, Aufbau einer Trägerstruktur aus Initiativen vor Ort => Recherche sozialer Daten/Rahmenbedingungen, vorhandener Akteursgruppen, Anliegen und Interessen der Bewohner*innen => **kritische Ressourcen- und Machtanalyse**
2. **Projektanbahnung:** Gewinnung vor Ort aktiver Kooperationspartner*innen (Stadtteilparlament, Religionsgemeinschaften, anerkannte Vereine, Bürgerinitiative(n), Jugendgruppe(n), etc.) => Aufbau regelmäßiger, **belastbarer Kommunikationsstruktur** mit Kooperationspartner*innen
3. **Ratsbeschluss, Leistungsvereinbarung (Kulturdezernat mit Kooperationspartner) und Mittelübertragung**
4. **Büro/fester, bekannter Standort:** GWA hat Büro mit festen Sprechzeiten vor Ort und ist vor Ort verfügbar
5. **Personal:** gemischtgeschlechtliches, diverses GWA-Team (2x 30h/Woche-Stellen; davon 1x Schwerpunkt Soziale Arbeit/GWA, Community Organizing und 1x kulturelle Bildung, Kulturmanagement => Teamarbeit, Reflexionsmöglichkeit, Multiprofessionalität, keine Einzelkämpfer*innen)
6. **Aufbau menschenrechtsorientierter Unterstützungsstrukturen:** Enge Anbindung an und feste Gesprächstermine mit Stadtverwaltung Oberhausen, Demokratiebüro Oberhausen, KI, Integrationsrat, Kooperationspartner/Träger, Aufbau fester Kontakte zu Mobiler Beratung

Phase 1: Einstieg (06/2025 – 12/2025):

7. **Projekteinstieg I:** kreativ-wertschätzender, öffentlicher Projekteinstieg => Fest, Fotostreifzüge und Präsentation/Ausstellung, Bildquizz in Lokalzeitung mit festlicher Ergebnisauflösung
Kontaktaufnahme zu Projektpartnern im Stadtteil und teilnehmende Beobachtungen in Quartiersrunden, Quartiers- und Jugendprojekten im Stadtteil

Phase 2: Analyse (06/2025 – 12/2025):

8. **Projekteinstieg II:** analytisch-beteiligungsorientierter Projekteinstieg => Gemeindeportrait mit aktivierender Befragung und (ggf. vereinfachter) Auswertung/Themenclustering
- Aktivierende Befragung ist selbst partizipatives Projekt, ermöglicht Datensammlung, erfordert akribischere Datendokumentation und –auswertung => höherer Zeitbedarf aber bessere Begründbarkeit und Adressat*inneneinbeziehung (Aufwand für Portraiterstellung wird dennoch praktikabel gehalten)
 - Inhalt: Erarbeitung/Erprobung Fragebogen, Befragung mit Dokumentation via Protokoll/Tonmitschnitt, ggf. externe Interviewtranskription/-auswertung der Audiodateien via KI/digitalem Tool oder Textbüro, Fotodokumentation, etc. => Beschleunigung von und Entlastung bei Portraiterstellung
9. **Bürger:innenversammlung** => öffentliche Ergebnispräsentation(en) (ggf. generationsorientiert) zu Ergebnissen der Befragung
10. **Partizipation der Adressat*innen gewährleisten:** spezifische Arrangements (Arbeitsgruppen) entwickeln, in denen Menschen unterschiedlicher Milieus erreicht werden/mitarbeiten können => keine Fokussierung auf eine Altersgruppe/Milieu

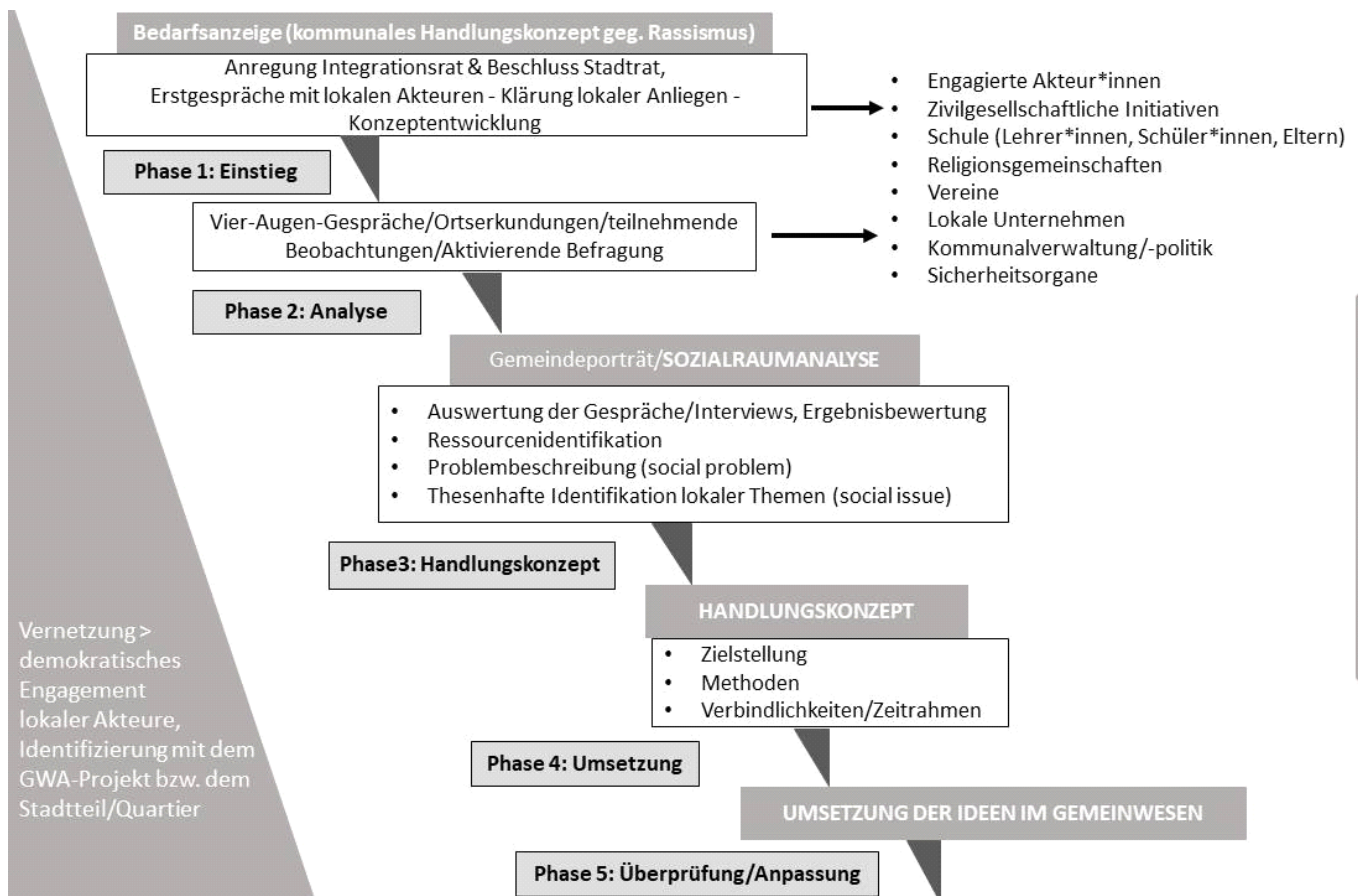
Phase 3: Handlungskonzept (12/2025 – 06/2026):

11. **Entwicklung eines Handlungskonzeptes:** Arbeitsgruppen im Stadtteil entwickeln konkrete Projektideen und Maßnahmen und entsprechend der in der Projektanbahnung durchgeführten Gartenzaungespräche und der Ergebnisse (Themen/Anliegen) aus der aktivierenden Befragung einen Plan zu deren Umsetzung (GWA-Mitarbeiter*innen moderieren Prozess und sorgen für Transparenz und Ergebnisdokumentation)

Phase 4/5: Umsetzung und laufende Anpassung (01/2026 – 12/2026):

- 12./13. **Umsetzung des Handlungskonzeptes** und laufende Überprüfung/Anpassung der Maßnahmen

Ablauf GWA-Projekt (Schaubild):



Bedürfnisse und Wünsche der Menschen im Stadtteil:

Die nachfolgenden Themenfelder und Bedürfnisse wurden während der Konzepterstellung in Gartenzaungesprächen mit Bewohner:innen in Lirich erhoben und systematisiert. Sie stellen erste Hinweise darauf dar, in welche Richtung und mit welchen Themen ein GWA-Projekt in Lirich arbeiten wird.

Entsprechend der Herangehensweise Menschenrechtsorientierter GWA werden solche Bedürfnisse und Wünsche sehr ernst genommen und stellen den Ausgangspunkt für demokratische Veränderungsprozesse im Stadtteil dar. Dabei werden die Bewohner:innen aktiv in eine vertrauensvolle Mitarbeit im Projekt eingebunden werden. Sie sind es, die Inhalte der Lösungen erarbeiten und das Tempo bestimmen:

• **Orte für Begegnung und sozialen Austausch:**

Viele Bewohner:innen im Stadtteil fehlt es an einem wertschätzenden Miteinander. Viele fühlen sich einsam. Daher besteht ein starker Wunsch nach sicheren und zugänglichen Räumen, in denen sich die Bewohner treffen und austauschen können. Diese Orte sollen den sozialen Zusammenhalt stärken und als Plattformen für gemeinschaftliche Aktivitäten dienen.

Fehlende Kneipen als Treffpunkte: Ein häufiger geäußelter Wunsch ist die Schaffung von Treffpunkten, insbesondere in Form von Kneipen oder ähnlichen Einrichtungen, um das soziale Leben zu stärken.

Fehlende Fest- und Veranstaltungssäle: Es besteht ein Bedarf an Räumlichkeiten für Feiern und größere Events wie Geburtstage und kulturelle Veranstaltungen. Solche Säle sollen flexibel genutzt werden können und der Gemeinschaft für verschiedene Anlässe zur Verfügung stehen

Stadtteilstefte, wie z.B. das Liricher Lichterfest: Dieses Fest wird als positives Ereignis erinnert, das weiterhin gefördert und unterstützt werden sollte. Vorstellbar sind aber auch andere stadtteilbezogene Feste.

Anmerkung: In Kooperation mit der Alevitischen Gemeinde Alt-Oberhausen beim Land ein Antrag zur Umsetzung einer Neuauflage des Lichterfestes gestellt worden.

- **Ehrenamtliches Engagement und Nutzung bestehender Infrastrukturen:**

Unterstützung und Anerkennung: Viele Bewohner engagieren sich ehrenamtlich und benötigen dabei Unterstützung, Schulungen und Anerkennung ihrer Arbeit. Ehrenamtliche Strukturen sollten gestärkt und besser koordiniert werden.

Bessere Nutzung und Integration: Die Bewohner:innen möchten, dass bestehende Infrastrukturen, wie Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportstätten, aber auch vorhandene, leerstehende Räume in neue Projekte einbezogen werden, um das ehrenamtliche Engagement vernetzter und nachhaltiger zu gestalten.

- **Politische Mitbestimmung:**

Menschenrechtsorientierte GWA kann die notwendigen Gespräche und Programme initiieren und begleiten.

Partizipative Entscheidungsprozesse: Die Bewohner sind unzufrieden mit aktuellen politischen Entscheidungen und wünschen sich mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Es besteht ein Bedarf an Strukturen, die sie ermächtigen, politische Prozesse aktiv zu gestalten und ihre Stimme wirksam einzubringen.

Gefühl des abgehängt Seins und Chancengleichheit: Viele Bewohner*innen fühlen sich abgehängt und marginalisiert. Zunehmende Armut, Hunger, Analphabetismus fallen vor allem in KTE, Schulen und Jugendeinrichtungen auf. Soziale Maßnahmenpakete treffen nur punktuell und sind nur für Wenige sichtbar. Durch aktive Teilhabe im GWA-Projekt können die Bewohner:innen sich in Projekten

einbringen, die soziale Inklusion fördern und gleiche Chancen für alle Bewohner ermöglichen, unabhängig von ihrem sozialen oder ökonomischen Hintergrund.

Sicherheitsbedürfnis, Maßnahmen zur Gewaltprävention: Es herrscht eine weit verbreitete Angst vor Gewalt und Unsicherheit im Stadtteil. Oft genannt werden in dem Zusammenhang ein zunehmendes Müll- und Vandalismusproblem. Das betrifft vor allem Sachbeschädigungen durch Jugendliche. Es gibt einen starken Wunsch nach erhöhter Sicherheit, z.B. durch verstärkte Polizeipräsenz, Präventionsprogramme und sichere öffentliche Räume.

Angst vor Überfremdung, Förderung des interkulturellen Dialogs: Um Ängste vor Überfremdung zu mindern, wünschen sich die Bewohner Programme, die den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis fördern. Menschenrechtsorientierte GWA fördert Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die Vorurteile abbauen und ein harmonisches Zusammenleben ermöglichen.

Durch die Berücksichtigung dieser Bedürfnisse und Wünsche in der Gemeinwesenarbeit kann ein Umfeld geschaffen werden, das den sozialen Zusammenhalt stärkt, politische Partizipation fördert und Sicherheitsbedenken adressiert, während gleichzeitig Vorurteile und Ängste abgebaut werden.

Struktur und organisatorisch-fachliche Anbindung des GWA-Projektes:

Das GWA-Projekt unterhält ein Büro mit Versammlungsraum in Lirich, festen Sprechzeiten der beiden GWA-Mitarbeiter:innen und den entsprechend notwendigen Sicherheitsvorkehrungen.

Die Dienstaufsicht für die beiden Mitarbeiter:innen liegt beim Träger des GWA-Projektes. Fachlich begleitet wird die Arbeit des GWA-Teams durch das Dezernat 1 und das Demokratiebüro Oberhausen. Die Empfehlungen des Handlungskonzeptes gegen Rassismus und Rechtsextremismus werden berücksichtigt.

Das GWA-Projekt wird darüber hinaus durch einen Projektbeirat unterstützt, der sich aus Vertreter:innen bestehender Interessengruppen, Initiativen und Vereine in Lirich und der oben benannten Projektpartner zusammensetzt.

Die beiden Projektmitarbeiter:innen haben unterschiedliche fachliche Kompetenzen und Schwerpunkte aus der Sozialen Arbeit/Gemeinwesenarbeit bzw. dem Community Organizing und der kulturellen und politischen Bildung und ergänzen diese untereinander als Team.

